

Untersuchungsausschuss: Inspekteur der Polizei

Im Dezember 2021 wurde öffentlich, dass der höchste Polizeibeamte des Landes, Inspekteur der Polizei Andreas R. eine Polizistin im Zusammenhang mit deren geplanten Aufstieg in den höheren Dienst sexuell genötigt haben soll. In diesem Zusammenhang übermittelte Innenminister Thomas Strobl ein internes Dokument an die Medien, verschleierte jedoch den Vorfall über Monate hinweg. Diese Entscheidung zog ein strafrechtliches Verfahren nach sich, und Strobl konnte einer Verurteilung nur durch die Zahlung einer Geldauflage von 15.000 Euro entgehen. Angesichts dieser Vorfälle sowie weiterer drängender Fragen – etwa, wie der Inspekteur zu seiner Position kam, wie transparent das Beförderungssystem dort tatsächlich ist und ob ähnliche Vorfälle auch in anderen Landesbehörden vorkamen – wurde im Landtag ein Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen.

Im vergangenen Jahr haben wir durch die Vernehmung zahlreicher hochrangiger Zeugen mittlerweile zweifelsfrei feststellen können, dass der noch immer suspendierte Inspekteur vor allem deshalb auf seinen Posten kam, weil Innenminister Strobl ihn als „Wunschkandidat“ der Polizeiführung vorgab. Der ehemalige LKA-Präsident bezeichnete diese Personalpolitik als „Sicherheitsrisiko“.

Diese Arbeit haben wir in diesem Jahr fortgesetzt. Über den Sommer wurden in mehreren Zeugenvernehmungen etwa Vorgänge beim Spezialeinsatzkommando (SEK) in Göppingen beleuchtet. Dort hatte Andreas R. aufgrund bis heute nicht restlos aufgeklärter Intrigen die bestehende Kommandoführung abgelöst und eine neue eingesetzt, der unter anderem eine fachfremde persönliche Bekannte des Inspektors angehörte. Die Rolle der Hausspitze des Innenministeriums, insbesondere der Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz, bleibt dabei mehr als fragwürdig – auch und gerade hinsichtlich des menschlichen Umgangs mit den betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten. Es ist außerdem aus unserer Sicht erwiesen, dass in der Polizei zuweilen erst befördert und dann beurteilt wird – obwohl vom Gesetz genau umgekehrt vorgesehen.

In diesem Jahr hat überdies die Ermittlungsbeauftragte des Untersuchungsausschusses ihren Bericht vorgelegt, in dem sie alle aktenkundigen Vorfälle von sexueller Belästigung in den Landesbehörden untersucht. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, dass ein strukturelles Problem mit sexualisiertem Machtmissbrauch nicht erkennbar sei – dass aber die Polizeidienststellen im Land wesentlich besser mit derartigen Vorkommnissen umgehen als die Hausspitze des Innenministeriums. Für uns ein weiterer Beleg dafür, dass die angebliche „Polizeiaffäre“ in Wirklichkeit eine „Ministeraffäre“ ist!

INITIATIVEN

- » Einsetzungsbeschluss und Untersuchungsauftrag [Drucksache 17/2640](#)
- » Bericht der Ermittlungsbeauftragten
[UsA IdP & Beförderungspraxis - Ermittlungsbericht 27.02.2024](#)
- » Antrag zur Nachsorge bei Fällen sexueller Belästigung [Drucksache 17/7711](#)

ANSPRECHPARTNER



Julia Goll MdL

Ordentliches Mitglied und
Obfrau im Untersuchungsausschuss

julia.goll@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9320



Nico Weinmann MdL

Ordentliches Mitglied
im Untersuchungsausschuss

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9380



Simon Schlicksupp

Parlamentarischer Berater

simon.schlicksupp@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9044

Strobl ist der Sache nicht gewachsen

Seit Bekanntwerden der Vorfälle in der von Strobl ausgewählten Landespolizeiführung und seinem katastrophalen Umgang mit der Thematik haben wir den Rücktritt des Innenministers gefordert. Nach über zwei Jahren hat sich der Eindruck verfestigt, dass Strobl seinen Aufgaben nicht gewachsen ist.

Es war Thomas Strobl, der seinen „Wunsch Kandidaten“ Andreas R. als Inspekteur der Polizei installieren ließ. Seine Hausspitze hat in der Bewältigung der Krise völlig versagt, bis hin zur Verschleierung der strafbaren Briefweitergabe durch den Minister selbst. Seit bald drei Jahren sorgt die Misere in der Landespolizeiführung dafür, dass das Ansehen unserer Landespolizei als Ganzes in der Bevölkerung genauso erschüttert ist wie das Vertrauen der Beamtinnen und

Beamten zu ihrer Führung. Der Innenminister weigert sich bis heute, die Verantwortung für diese Missstände zu übernehmen. Er hat in den vergangenen Jahren mehr als genug unter Beweis gestellt, dass er nicht fähig oder willens ist, die Fehlentwicklungen anzugehen. Thomas Strobl muss endlich Platz machen für einen Neuanfang. Wenigstens das ist er der Landespolizei schuldig.

ARBEITSKREIS

Unter-
suchungsaus-
schuss

ANSPRECHPARTNER

Julia Goll MdL
Nico Weinmann MdL